

beenden. Wir selbst hätten ihn gewinnen, sowohl für uns als für unsere Verbündeten. Wenn wir den Krieg nicht gewinnen, so kann es niemand anderes. Wir haben immer gehofft, daß jemand anderes sich für uns schlagen würde. Auch die Russen hoffen ja, daß anderswärts etwas zu ihrer Hilfe geschehe, aber seit dem letzten Frühjahr haben sie die Hoffnung aufgegeben, daß irgend jemand sie retten kann. Sie sind entschlossen, sich selbst zu retten. England hat Russland unerschrocken geteilt, indem es nicht erwartete und die ungewissen Opfer nicht wußte, die Russland brachte. Das furchtbare Unglück von Tannenberg dürfte in England nicht erregt werden, ebensowenig der furchtbare Kollaps der Polen im letzten Winter und die furchtbaren Verluste während des Rückzuges. Russland kämpfte die ganze Zeit. Sein Plan war von Anfang an, denselbe zu bleiben. Die Theorie der russischen Dampfwaage, daß die Armeen der Russen auf Berlin marschieren würden, kommt nun aus, nicht von den Russen. Die Annahmen von den unerschöpflichen Deszendenten nehmen ein schändliches Ende. Wir müssen zugeben, wenn Russland jetzt seinen ursprünglichen Plan ausführt, wir müssen die Wahrheit festhalten, daß Russland den Krieg nicht zu unseren Gunsten entscheiden kann. Wir hängen ganz allein von unseren eigenen Anstrengungen ab.

Die Dienstpflicht in England.

London, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Unterhaus. Die Debatte über die Dienstpflichtbill hat gute Fortschritte gemacht. Die Regierung beabsichtigt in einem wichtigen Punkte die Wünsche der Arbeiterpartei. Diese riefen die Befreiung aus, daß Männer, welche für die Regierung arbeiten, willkürlich entlassen und durch diese vorübergehende Arbeitslosigkeit unter die Bestimmungen der Bill fallen könnten. Die Arbeitgeber könnten somit die Bill als Form eines industriellen Zwanges brauchen.

London, 18. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei der Verhandlung über den Zusatz zur Militärdienstpflicht, wodurch das Gesetz auf alle Männer ausgedehnt werden soll, die nach dem 15. August 1915 in das Nationalregister eingetragen wurden und über 18 Jahre alt sind, sagte Präsident Joseph, Gouverneur von Bourd, Lord Littoner habe ihn beauftragt, zu erklären, er halte diesen Zusatz für unerwünscht. Littoner hoffe, daß das Gesetz vom Hause unüberändert angenommen würde. Die Männer, die durch die Annahme des Gesetzes verfügbar würden, zusammen mit denen, die sich bereits angemeldet hätten, würden es ihm ermöglichen, die Kräfte aufzufüllen, die das Land brauche, um einen baldigen Sieg zu sichern. Der Zusatz wurde hierauf abgelehnt. Die Regierung nahm einen Zusatz an, der der Admiralität den ersten Anspruch auf die unter dem Gesetz rekrutierten Männer gibt. Mr. Ramsay erklärte, daß 20.000 Mann mehr bei der Flotte Dienst genommen hätten, als die Admiralität ermächtigt war, aufzunehmen. Er beantragte, die Mannschaften für die Flotte auf 350.000 Mann zu erhöhen.

Englands neue Blockadepäne.

New York, 17. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Durch Funknachricht von dem Sonderberichterstatter des Wolffbüros, „New York Sun“ berichtet aus Washington: Die Vereinigten Staaten werden die von England beschlossene neue Blockade Deutschlands nicht anerkennen, solange sie nicht durchaus effektiv ist. Um in den Augen der Vereinigten Staaten als wirksam zu gelten, muß eine solche Blockade nicht nur Deutschlands Nordküste manövrieren, sondern sich in der Lage zu befinden, in das Innere des Landes zu dringen und den Handel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu verhindern. Die „Sun“ hat diese Ansicht über die Haltung der Vereinigten Staaten von sehr hohen amtlichen Stellen des State Departments erhalten.

„Evening Post“ meldet aus Washington, daß die Blockademaßregeln, die dem Kaiserreich und den Präsidenten fallen mehr entsprechen, aber viel strenger sind, als die bisher angewandten, durch England aufgestellt und Frankreich und den anderen Alliierten zur Billigung vorgelegt worden sind. Dies ist Wilson und Lansing in ähnlichen Depeschen aus London übermittelt worden. Der Kaiser hat die längere Zeit, die er mit dem Reich hat, dem Reich dankt einen ausführlichen Bericht über die Lage. Sollte erklärte der englischen Regierung, daß die englischen Einschränkungen des amerikanischen Handels einen unannehmbaren Einbruch auf die amerikanische öffentliche Meinung machen würden und daß das amerikanische Volk von England erwartet, daß es sich dem Kaiserreich füge, genau wie es Deutschland (schließlich in den Verhandlungen über den Unterseebootskrieg gegen England bereitete, wie das Blatt meldet, eine lange Antommorose auf Americas Protestnote vom Oktober 1915 vor. Mehrere Londoner Telegramme bestätigen, daß jetzt eine wirksame Blockade erklärt wird. Darin steht es offenbar der Wunsch, die Vereinigten Staaten voranzutreiben zu machen, da die Telegramme ausdrücklich bestätigen, daß eine solche Blockade notwendig ist, um den amerikanischen Forderungen zu entsprechen.

Die Mißhandlung von Deutschen in Neu-Guinea.

Berlin, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Die von den australischen Militärbehörden Ende 1914 angeordnete öffentliche Prägung von Deutschen in Deutsch-Neuguinea ist in der Tagespresse des öfteren erörtert worden, ohne daß bisher eine amtliche Äußerung zur Sache erfolgt wäre. Wie wir erfahren, hat die australische Regierung seinerzeit erklärt, sie habe die Handhabung der Administratoren mißbilligt und Unzufriedenheit gegeben, daß unter keinen Umständen ferner die Jagd auf Wiederholer werden dürfe. Auch die britische Regierung hat sich dahin geäußert, das Vorgehen des Administrators in Rabaul sei „infortiori“ gewesen, und er habe deswegen eine „dienstliche Warnung“ erhalten. Indessen verlangte die kaiserliche Regierung, nachdem die Einzelheiten des Vorgehens im Laufe des vergangenen Jahres zu ihrer Kenntnis gekommen waren, bei der britischen Regierung vollständige Genugtuung, insbesondere hinreichende Bestrafung für die beispiellose Brutalität der verantwortlichen Beamten. Die Verhandlungen schwebten noch, wobei die wirte Entfernung Australiens eine Rolle spielt. Nach Abschluß der Verhandlungen darf eine amtliche Veröffentlichung über den Gegenstand erwartet werden.

Die „Witterungsverhältnisse“ in Mesopotamien.

London, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Am Unterhaus erklärte Chamberlain, die Witterungsverhältnisse in Mesopotamien seien „schrecklich“ gewesen und hätten jeden Fortschritt verhindert.

China und Japan.

London, 18. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Die „Times“ meldet aus Peking: Der japanische Gesandte teilte dem kaiserlichen Amt mit, daß die geplante Entfernung des chinesischen Reichsbeamten nach Tokio gegenwärtig unermittelt sei. Man nimmt an, daß Japan dadurch seine Mißbilligung ausprechen wollte, daß die Regierung Yuanzhaichais am Anfang Februar festgesetzt wurde. „Daily Telegraph“ meldet aus Peking, daß die geplante Abordnung offiziell die Wünsche der chinesischen Regierung zur Krönung des Kaisers von Japan überbringen sollte, aber zugleich über die Anerkennung der chinesischen

Monarchie und über die Anleihe verhandeln sollte. Dem Japans Goldrefugee stieg durch die große Ausfuhr von Kriegsmaterial auf 60 Millionen Pfund Sterling. Petersburg, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Ueber Kopenhagen. „Retsdy“ gibt die Berichte asiatischer Zeitungen wieder, nach denen Japan die früher an China gestellten, aber damals abgelehnten Forderungen jetzt von neuem stelle, insbesondere auf Anstellung japanischer Berater für militärische, finanzielle und politische Fragen, sowie auf Erlaubnis zum Erwerb von chinesischen Grund und Boden durch die Japaner zur Gründung von Schulen, Tempeln und Hospitälern, ferner auf Einführung einer gemeinsamen japanisch-chinesischen Polizei in gewissen Gebieten Südmans, auf Errichtung eines Arsenals in China, sowie auf Herstellung eines Teiles der nötigen Bahnen in Japan und auf Konzessionen für drei Eisenbahnen in Südmans. Das Kabinett in Tokio arbeitet nach den gleichen Quellen eine Zusatznote aus, in der weitere Forderungen enthalten sind, besonders daß China sich beim Friedenskongreß nur durch Japan vertreten lassen sollte.

Der Seekrieg.

Zum Untergang der Perla.

Washington, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der amerikanische Vizekonsul in Genoa, berichtet: Die deutsche Regierung erhält von allen U-Booten in der Mittelmeer Nachrichten. Alle Kommandanten haben erklärt, daß sie für den Untergang der „Perla“ nicht verantwortlich seien.

Kopenhagen, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Malmo: Der schwedische Dampfer „Alma“, der am Sonntagabend von Kopenhagen nach Malmö abgegangen ist, wird vermisst. Das Schicksal des Schiffes ist unbekannt.

London, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) London meldet: Der britische Dampfer „Ravere“ (6443 Bruttoregistertons) wurde versenkt; die Besatzung ist gerettet worden.

Lomeko, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Lomeko meldet: Das Fährschiff „Evelyn“ wurde versenkt; die Besatzung wurde gerettet.

Lomeko, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Fährschiffe „Kramerech“ und „Sungstein“ wurden versenkt. Die Besatzungen wurden gerettet.

Aus dem Reiche.

Die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben.

Berlin, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Im Laufe des Krieges hatten die amtlichen maßgebenden Stellen die Erkenntnis gewonnen, daß durch die Schaffung von privatrechtlichen Organisationen, welche mit den Reichsämtern in enger Fühlung zu stehen haben würden, die wirtschaftlichen Aufgaben gelöst werden könnten. Als unsere Deute den Weg nach der Türkei über Serbien freimacht hatten, erschien die Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft erwünscht, welche die Einfuhr von Häserstoffen aus dem Orient regeln und vor allem die eingeführten Waren den entsprechenden Stellen zugänglich machen würde. Die daraufhin unter Führung von leitenden Banken gegründete, mit einem Kapital von zwei Millionen Mark ausgestattete Deutsche Orientale Handels-Gesellschaft m. b. H. Bremen arbeitet in enger Fühlung mit den maßgebenden Stellen in Berlin an der Durchführung der umfangreichen Aufgabe. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist der bisherige Präsident der Bremer Handelskammer, Lohmann; Geschäftsführer sind in Bremen die Herren Schröder und Schütte, in der Türkei beginn. Bulgarien die Herren Moritz Brömmel und Albert Kowp, welchen eine Reihe fahrbereitender Kaufleute zur Seite steht.

Berlin, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Laut „Reichsanzeiger“ ist die Ausfuhr und Durchfuhr von Tabakmaterialien jetzt verboten worden. Das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Thermoflaschen wurde auf Holzgefäße jeder Art ausgedehnt.

Berlin, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Der Beirat der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittel-Prüfung trat in seinem Ausschuss für Kartoffeln, Gemüse und Obst zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kaatz zusammen. Eine eingehende Erörterung fand über die Vorschläge zur Änderung der Gemüse- und Obstpreise statt. Allgemein wurde anerkannt, daß, wie auch von vornherein beabsichtigt, für die spätere Zeit des Winters und für das Frühjahr eine gewisse Erhöhung der Preise für die Ernte 1915, besonders mit Rücksicht auf den Schwund und die Aufwandskosten im allgemeinen nicht zu umgehen sein werde. Von mehreren Seiten wurde eine Herabsetzung der Sonderhöchstpreise gewünscht. Wegen der Juristhaltung von Ware und den Verkauf als ausländisches Gemüse zu höheren Preisen soll energisch eingeschritten werden. Kartoffelhöchstpreise wurden überall für nötig gehalten. Sodann wurde von den Vorsitzenden dargelegt, in welcher Weise die Kartoffelversorgung der Bevölkerung für den Winter, Frühjahr und Sommer und die Belieferung der Stärkefabriken und Zuckereien mit Fabrikartikeln sichergestellt werden soll.

Eine Reichstagserversammlung.

Edleba, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Amtliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Reichstagserversammlung im Wahlkreis Merseburg 6 (Sangerhausen) wurde mit 6042 von 6045 abgegebenen Stimmen der Handelskammerpräsident Wilhelm Sieck-Effen (nationalliberal) gewählt; ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 20. Januar 1916.

Kriegsarbeit in Gießen.

XL

Die Tätigkeit des Kommunalverbandes Gießen im Jahre 1915.

Als Napoleon I. in den Jahren 1806 bis 1812/13 über England die Kontinentalperre verhängte, um u. a. die Zufuhr englischer Waren nach dem Festlande zu unterbinden und hierdurch Englands Handel aus empfindlichen zu schädigen, erlitt er einen Mißerfolg. Der Gedanke einer Ausschaltung Englands mag dem damaligen großen gemeinschaftlichen Gegner Deutschlands und Englands gar nicht vorgeschwebt haben. Er wollte in erster Linie die Engländer an ihrer verdorbenen Stelle, dem Weltmarkt, treffen. Das ist ihm, wenn auch nicht in dem gewünschten Maße, gelungen. Heute Endes blieb aber die Kontinentalperre ein Mißerfolg.

Nicht unähnlich dieser napoleonischen Kriegsmaschine ist die von England sicherlich schon lange vor Ausbruch des letzten Weltkrieges ins Auge gefaßte Rahmlegung

des deutschen Ueberseehandels und damit der überseeischen Nahrungsmittelzufuhr mit Hilfe seiner, der unigen an Schiffszahl überlegenen Kriegsmarine. Die Leiter der englischen Politik glaubten nicht an die Möglichkeit, daß die deutsche Landwirtschaft infolge sein werde, dem Boden die Früchte abzugeben, die zur Ernährung des großen deutschen Volkes für eine längere Kriegsdauer nötig sind. England und seine Verbündeten rechneten vielmehr und rechnen in ihrer Verbindung vielfach auch heute noch damit, daß Deutschlands eigene Hilfsquellen zum Unterhalt der Bevölkerung nicht ausreichen und so, wie sie selbst an einen Einmarsch in unser zu zertrümmertes Vaterland glaubten, so hofften sie, dort bereits das von ihnen heraufbeschworene Hungergespenst als würdigen Helfer im Streite vorzufinden.

Die bisher die Hoffnungen unserer Gegner auf den Schlachtfeldern zurückliehen und noch weiter zurückliehen gemacht werden, wie vor allem auch unsere U-Bootsflotte täglich zur See dem Gegner empfindliche Verluste beibringt, ist ebenso bekannt, wie die Tatsache, daß unsere stillen Arbeiter in der Heimat mit Hilfe der wirtschaftlichen Kriegsgelände aus dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung und des Verbrauchs alle mit der englischen Handelsblockade verbundenen Pläne zu scheitern werden lassen. Die organisierten Fähigkeiten des Deutschen, die — ohne Rahmen — im Verein mit seiner Anpassungsfähigkeit an gegebene Verhältnisse, uns in reichlichem Friedensvorrat mit den Völkern einen Platz an der Sonne erobern sollten, diese Fähigkeiten, die uns dann aber den Daß unserer weltlichen Gegner zuzugewandt, sind es, denen wir die ausreichende Versorgung unseres Heeres und unserer Flotte sowie des gesamten Volkes mit Nahrungsmitteln und allem sonst noch Nötigen zu verdanken haben.

Es ist bekannt, daß durch die Gefährdung und durch Anordnungen der Reichsregierung nach und nach eine Reihe von Zentralverwaltungen geschaffen wurde, in deren Hand der Erwerb und die Verteilung der Bedürfnisse des Heeres und des Volkes ruhen. Diese Zentralbehörden verwalten das große Sammelbecken für die Bedürfnisse, um die Waren in ausreichender und geordneter Weise an die Bedarfstellen weiter zu leiten. Sie bedienen sich hierbei der Hilfe der auf gesetzlicher Grundlage ruhenden Kommunalverbände, deren es heute im Reiche über 1200 gibt.

Der Kreis Gießen bildet für sich einen eigenen Kommunalverband. Wenn auch über sein Wirken für kleinere Zeitabschnitte schon mehrfach an dieser Stelle berichtet worden ist, so mag doch jetzt bei Beginn des neuen Jahres noch einmal ein Rückblick auf seine Gesamttätigkeit im verflochtenen Jahre genossen werden. Die unten folgenden nächtlichen Zahlen lassen wohl einigermaßen erkennen, welche Fülle von Arbeit vom Kommunalverband im abgelaufenen Zeitabschnitt bewältigt worden ist.

Es soll zunächst erwähnt werden, daß er sich u. a. der schwierigsten Aufgabe unterzogen hat, in wochenlangem Tätigkeit mit zahlreichen Hilfskräften das mühsamste Ernteeck für den Kreis Gießen festzustellen, um so für seine n. a. der Reichsgetreidestelle in Berlin die erforderliche Grundlage für die allgemeine Getreide- und Mehlerzeugung zu liefern. Da der Kreis Gießen vorwiegend Landwirtschaft betreibt, stand dem Kommunalverband neben den für die Versorgung seiner Kreisangehörigen erforderlichen Mengen noch ein erheblicher Vorrat an Getreide zur Verfügung, ohne daß hierdurch die Versorgung unseres Kreises bis zum Beginn des nächsten Ernteeckes, das ist 16. August 1916, in Frage gestellt ist.

Es wurden vom Kommunalverband eingekauft und seit 15. August 1915 bis 31. Dezember 1915 an die Reichsgetreidestelle abgeteilt: 58.000 Zentner Weizen im Werte von 783.000 Mk. im Ganzen wurden im Jahre 1915 an Brotgetreide eingekauft: 109.375 Zentner im Werte von 1.367.187 Mk. Der Kommunalverband bedient sich bei Erwerb und Abgabe des Getreides der Hilfe der „Vereinigten Getreidehändler“ in Gießen, einer unter seiner Mitwirkung ins Leben gerufenen G. m. b. H., die ihm vertraglich verpflichtet ist und ihm Gewinne für eine rationelle Wirtschaft bietet.

Die Versorgung des Kreises einschließlich der Stadt Gießen mit Mehl ist Aufgabe der Wechlerverteilungsstelle des Kommunalverbandes, die zu diesem Zwecke im abgelaufenen Jahr 87.600 Ztr. Mehl im Werte von 1.431.000 Mk. den Versorgungsberechtigten zugewies, wobei sie noch die Brotkartenverteilung für die versorgungsberechtigten Bevölkerung der 79 Landgemeinden übernahm. Hierbei soll erwähnt werden, daß die schwer arbeitende Bevölkerung des Kreises eine besondere Zuweisung von 50 Gramm für den Kopf und Tag erhielt und daß es dem Kommunalverband im November 1915 noch möglich war, jedem Brotempfänger aus ersparten Getreidemengen eine Mehlsuppe von 1 Pfund zuzugewenden. Es wurden weiter der Stadt Gießen und den Landgemeinden des Kreises je 20.000 Mk. für die Zwecke der Volksernährung zugewiesen, die aus einer sparsamen Wirtschaft im Ernteeck 1914 erlössen waren.

Die bei der Verwaltung des Kommunalverbandes genommene Menge betrug 14.433 Ztr. im Werte von 115.488 Mk. Sie wurde durch Vermittlung des Kommunalverbandes von der Landesverteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt an die Landwirte des Kreises abgegeben. Es mag hier erwähnt werden, daß stets ein Vorrat von vorzüglicher Güte erhalten werden kann und daß der Kommunalverband die Gewissheit zu besitzen glaubt, daß trotz der ab 1. Januar 1916 gesetzlich zu gehörenden, nicht unerheblichen Zuschläge auf das Getreide vorläufig eine Erhöhung des Mehl- und damit des Brotpreises nicht erforderlich sein wird. Zur Streckung des Brotmehls wurden 4000 Ztr. Kartoffelfabrikate (Kartoffelfäcke- und Kartoffelmehlmehl) im Werte von 95.000 Mk. beschafft. Es bedarf keiner Herabsetzung, daß zu keiner Zeit im Kreise Gießen eine Brotknappheit sich bemerkbar machte. Außerdem sind die Preise für Mehl und Brot in unserem Kreise wohl die niedrigsten im Preisbezirk, dem der Kommunalverband angehört.

Eine weitere umfangreiche Aufgabe erwuchs dem Kommunalverband in der Regelung der Kartoffelverteilung. Zwar mußten in manchen Fällen Zwangsmaßnahmen angewandt werden, die trügerischen Hoffnungen mancher Landwirte auf eine Erhöhung der Kartoffelpreise erst beseitigt werden, bis die trübe Verhältnisse der Kartoffelverteilung einigermaßen aufhörte. Nachdem aber das Verhältnis sich Bahn gebrochen hatte, daß der Kommunalverband nur das verlangte, was er fordern konnte und mußte, gelang es nicht nur, festzustellen, daß die Bevölkerung des Kreises bei sparsamer und haushälterischer Wirtschaft bis zur nächsten Ernte auskommen wird, sondern auch zu bewirken, daß die bedürftigen industriellen westlichen Bezirke, die einer langen Suche bedurften, besonders des Ruhr- und Saargebietes, in Erdrückung der von der Reichsgetreidestelle ausgehenden Bezugsscheine mit Kartoffeln versehen wurden. Ebenso wurde der notwendige vorläufige

dem 16. ds. Mta.: Französiſche Bandenungsabtheilungen haben an der Küſte von Epirus und auf der Inſel dieſelben Erfindungen vorgenommen. Das Erſcheinen der Abtheilung hat die Bevölkerung heimmüßig. Verſchiedene Dampfſchiffe ſind für Griechenland, die früher in den Häfen der Verbündeten gehalten wurden, freigegeben worden.

